

Wer Bargeld und Bankfilialen will, muss sie auch nutzen

Expertendiskussion zum Thema Versorgungssicherheit beim Banken-Symposium Wachau.

Marius Perger. Wenn Bankstellen geschlossen werden sollen, schreiben jene am lautesten, die seit Jahren nicht mehr in der Filiale waren. Das sagte **Andreas Jenewein**, Geschäftsführer der auf Videoberatung spezialisierten Vidone GmbH, beim Banken-Symposium Wachau in der Vorwoche in der Diskussion „Die Bank als Grundpfeiler der Versorgungssicherheit“.

Aber auch die flächendeckende Versorgung mit Bargeld ist nur möglich, wenn dieses Zahlungsmittel genutzt wird. Darauf wies **Matthias Schroth**, unter anderem für Bargeld zuständiger Direktor in der OeNB, hin. Das Thema sei zwar sehr emotional, die Meinungen dazu würden oft weit auseinandergehen und seien manchmal unversöhnlich. Die Chancen, dass uns Bargeld erhalten bleibt, stehen aber nicht schlecht. So seien drei Viertel der 18- bis 29-Jährigen der Meinung, dass es zu ihrem Lifestyle gehört, auch bar zu zahlen, zitiert Schroth eine Studie. Und selbst in Schweden und den Niederlanden, die als Vorreiter „in Richtung cashless“ galten, gebe es eine Gegenbewegung. Der Markt sei also da, man müsse allerdings auch fair zu den Banken sein, für die die Bargeldversorgung auch einen Kostenfaktor darstelle. Um eine Top-Versorgung zu gewährleisten, müsse jemand anderer einspringen. Schroth: „Warum nicht die Nationalbank?“

Bargeldversorgung für viele wichtig

Michael Wiedeck, Bereichsleiter Vertrieb bei der Post-Tochter Bank99, betont, dass mit dem Lockdown in der Corona-Zeit klar wurde, wie wichtig Bargeld ist. Und es gebe immer noch viele Menschen, die Geld bar bekommen wollen. Zwar würden Baranweisungen beispielsweise für Pensionen, AMS-Gelder oder Beihilfen tendenziell weniger, die Migration führe aber wieder zu einem Anstieg. Und auch bei Bareinzahlungen mittels Erlagscheins verzeichne man zehntausende Transaktionen: Das müsse man aufrechterhalten, es gebe eine Klientel, die nichts mit Digitalisierung zu tun hat - es gehe um die Frage: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“

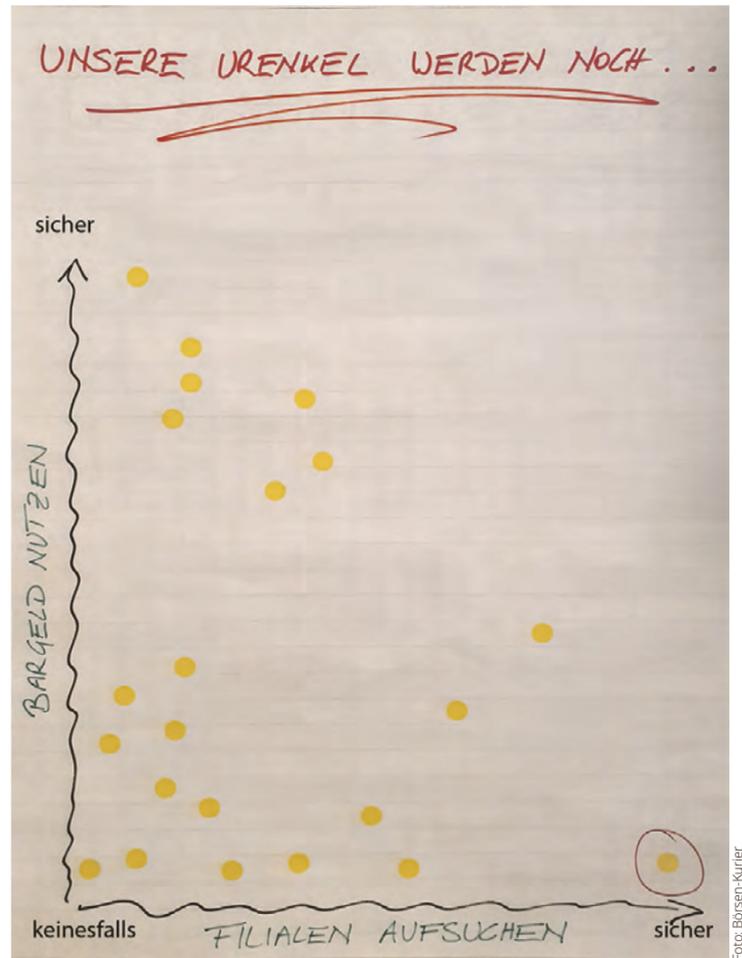
„Kein Thema“ sei die Abschaffung des Bargelds in den Augen der Österreicher, bekräftigt **Alexander Zeh**, Country Manager Austria beim Marktforschungsinstitut Ipsos. Die „schweigende Mehrheit“ wolle beides, sowohl Bargeld als auch die Möglichkeit, bargeldloser Zahlung. Befürwortet werde die Wahlmöglichkeit, es wird erwartet, dass Bargeld kostenfrei ist. Das ist aber nicht selbstverständlich: **Alexander Gradl-Noll**, Geschäftsführer von Euronet Austria, der Österreicher-Tochter eines auf Geldautomaten-Lösungen spezialisierten Unter-

nehmens, verweist darauf, dass Fremdkundengebühren bei Barabhebungen etwa in Deutschland nicht unüblich sind. Und er ist sich sicher, dass auch die Österreicher bereits sind, für Bargeldtransaktionen zu zahlen. Keine Möglichkeit der Barzahlung gibt es aber natürlich im Online-Handel; vielleicht wäre der digitale Euro „doch gescheit“, stellt Gradl-Noll dazu in den Raum.

Die Filiale ist nicht tot

Immerhin 38 % der Österreicher können sich eine Bankverbindung mit einem Institut vorstellen, das keine Filialen hat, so Zeh. Nur 0,3 % der von ihm in einer Studie Befragten besuchen täglich eine Filiale, 2 % mehrmals pro Woche und 24 % mehrmals pro Monat - hauptsächlich für Bargeldtransaktionen.

Dennoch sei die Filiale nicht tot, betont Jenewein, der seit 28 Jahren Banken zum Thema Filiale berät. Das Problem sei, dass es seit Jahrzehnten keine neuen Geschäftsfälle in den Bankstellen mehr gibt - mit einer Ausnahme: dem Entsperren von Online-Zugängen. Die Filiale habe aber für viele Menschen einen hohen Wert: „Die Besuche sind nicht das Problem der Filiale, sondern die Phantasielosigkeit der Unternehmen.“ Und man dürfe nicht vergessen, dass die Filiale für die Bank mehr ist als ein Kostenfaktor, nämlich ein wichtiges Marketinginstrument.



So sehen die Konferenzteilnehmer des Banken-Symposiums Wachau die Zukunft von Bargeld und Filialen

Wieviel Regulierung Banken brauchen

Kritik an KIM-Verordnung und sektoralen Risikopuffern.

Marius Perger. Der Vormittag stand beim Banken-Symposium im Zeichen der Bankenregulierung. **Helmut Ettl**, Vorstandsmitglied der Finanzmarktaufsicht, betonte angesichts der vielen Probleme der letzten Zeit einleitend, dass wir „erstaunlicherweise aus allen Krisen herausgekommen sind“. Das sei auch daran gelegen, dass man vorbereitet gewesen sei und den Finanzmarkt resilienter gemacht habe. Allerdings sei die Welt seit 2008, dem Beginn der Finanzkrise, nicht stabiler geworden. Und nun müsse man sich die Frage stellen, wie man die nächsten Herausforderungen sozial verträglich und ohne überfordert zu werden bewältigen kann.

Ein wenig erfreuliches Bild der Lage in Österreich zeichnete dann **Erwin Hameseder**, Generalanwalt des Österreichischen Raiffeisenverbandes. Unser Land befinde sich im zweiten Jahr einer Rezession, die Situation sei aus Sicht der Volkswirtschaft angespannt. Das habe gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung, aber auch auf die Banken. „Wir müssen zurück zum Wachstum“, so Hameseder, es müsse ein Wachstumspaket geschnürt werden, damit die Arbeits-



Podiumsdiskussion zur Bankenregulierung (v. l. n. r.): Moderatorin Raffaella Hofmann (Emotion Banking), Helmut Ettl (FMA), Anwalt Thomas Ruhm und Raiffeisen-Generalanwalt Erwin Hameseder

losigkeit nicht weiter steigt: „Die Menschen brauchen eine Perspektive.“

Streitpunkt KIM-Verordnung

Auf die KIM-Verordnung (die FMA-Verordnung für nachhaltige Vergabestandards bei der Finanzierung von Wohnimmobilien) ging Rechtsanwalt **Thomas Ruhm**, Managing Partner Austria der multinational tätigen Anwaltskanzlei Fieldfisher, ein. Zweck sei es gewesen, der galoppierenden Entwicklung am Immobilienmarkt einen Riegel vorzuschieben. Eigentlich sollte die Verordnung 2025 auslau-

fen, nun stelle sich die Frage: „Brauchen wir sie noch?“

Für Hameseder ist die KIM-Verordnung „zur Unzeit“ erlassen worden, der Markt hätte selbst regulierend eingegriffen. Wenn nun der Markt die Regulatorik de facto überholt, so sollte der Regulator diese auslaufen lassen. Man nehme der Bevölkerung damit die Möglichkeit, Eigentum zu schaffen, was sich mit einer gewissen Verzögerung auf die gesamte Wirtschaft auswirke. Ettl dagegen sieht Österreich bei den Kreditvergabestandards in guter Gesellschaft: „Unsere Standards sind

eher im unteren Bereich angesiedelt.“ Und er spricht sich massiv dagegen aus, leistbaren Wohnraum durch Erleichterungen bei der Kreditvergabe zu ermöglichen, Leistbarkeit sei Aufgabe der Politik und nicht des Regulators. Was das Auslaufen der KIM-Verordnung betrifft, finde derzeit eine Evaluierung statt, dann werde man sehen, ob sie weiterhin sinnvoll und notwendig ist.

Problem Gewerbefinanzierungen

Während es bei den Banken bei Wohnbaukrediten fast keine Aus-

fälle gegeben habe, räumte Hameseder ein, dass es bei der Finanzierung von Gewerbeimmobilien teilweise zu Klumpenrisiken gekommen sei, was nun „von den Banken verdaut werden muss“. Statt eines sektoralen Risikopuffers wäre es richtiger, „mehr auf Einzelbanken“ zu schauen und das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Hameseder fürchtet, dass die Immobilienbranche mehr oder weniger zum Erliegen kommen werde, weil Banken ihr Kapital anderswo investieren werden. Ettl dagegen sieht in sektoralen Risikopuffern eine für Österreichs Bankenlandschaft adäquate Maßnahme, angesichts der stark gestiegenen NPL-Quote (notleidende Kredite) bei Gewerbeimmobilien müsse man die gute Gewinnsituation der Banken nutzen, um für Gewerbeimmobilien vorzusorgen.

Hameseder verweist in diesem Zusammenhang aber darauf, dass die Banken ihre Kunden „sehr, sehr gut kennen“ und Probleme nicht anwachsen lassen. Er sei nicht gegen Regulatorik, die Frage sei aber, wann, mit welchen Mitteln und wie scharf der Regulator eingreift.

Wir haben Ihre Zeitung

Börsen-Kurier jetzt auch digital im Austria-Kiosk unter www.austria-kiosk.at/aktion/boersen-kurier

